

II-5977 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 3037/J

1988 -11- 30

A N F R A G E

des Abgeordneten Dr. Jankowitsch
und Genossen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten

betreffend das Schicksal der kurdischen Flüchtlinge in der Türkei

Der Nationalrat hat am 19. Oktober 1988 einstimmig der Petition zugestimmt, mit der alle völker- und menschenrechtswidrigen Maßnahmen gegen die Kurden eingestellt werden sollen. Mit diesem Entschließungsantrag erteilte der Nationalrat der österreichischen Bundesregierung den Auftrag, auf alle Regierungen der Region, auf deren Territorium kurdische Menschen leben, einzuwirken, daß diese die oft grausame Unterdrückung und Verfolgung dieses leidgeprüften Volkes sofort einstellen sollten.

Nach Informationen einer angesehenen Menschenrechtsorganisation verschlechtert sich die Situation der nach offiziellen türkischen Angaben ca. 40.000 irakisch-kurdische Flüchtlinge im Südosten der Türkei zusehends. Entgegen offiziellen türkischen Behauptungen sollen die Flüchtlinge nicht einmal über eine Minimalversorgung an überlebensnotwendigem Material (Decken, Nahrungsmittel, Medikamente, etc.) verfügen. Angesichts des bereits erfolgten Wintereinbruchs in den betreffenden Gebieten und der Unmöglichkeit, vor Ort winterfeste Unterkünfte bereitzustellen, scheint als erster Schritt eine Umsiedlung eines Großteils der Flüchtlinge in wärmere Gebiete der Türkei geboten.

Auch im Hinblick auf den begrüßenswerten Entschluß der österreichischen Bundesregierung, öS 1.000.000,-- für die Betreuung der kurdischen Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, richten die unterzeichneten Abgeordneten daher an den Herrn Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

A n f r a g e :

- 1) Welche Informationen liegen dem Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten über das derzeitige Schicksal dieser ca. 40.000 irakisch-kurdischen Flüchtlinge im Südosten der Türkei vor ?
- 2) Beruhen diese Informationen auf offiziellen türkischen Angaben oder wurden auch andere Informationsquellen zur Einschätzung der Lage der Flüchtlinge herangezogen (z.B. Menschenrechtsorganisationen, UNHCR, IKRK, usw.) ?
- 3) Welche konkreten Maßnahmen wurden bisher unternommen, um die offiziellen österreichischen Hilfsmaßnahmen den irakisch-kurdischen Flüchtlingen zugänglich zu machen ?
- 4) Wurden türkische Regierungsstellen auf die Notwendigkeit einer Umsiedlung der Flüchtlinge in wärmere Gebiete der Türkei durch Vertreter des Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten aufmerksam gemacht ? Falls dies nicht geschehen ist, welche Gründe haben das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten veranlaßt, dies zu unterlassen ?
- 5) Hat sich das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten bei den türkischen Regierungsstellen dafür verwendet, daß sich internationale Hilfsorganisationen (wie z.B. UNHCR, IKRK, Caritas) der irakisch-kurdischen Flüchtlinge annehmen können und wenn ja, welchen bisherigen Erfolg haben diese Interventionen gezeitigt ?